

**ALEXANDER SCHWEITZER**

MITGLIED DES LANDTAGS RHEINLAND-PFALZ  
VORSITZENDER DER SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

**SPD-Fraktion**  
im Landtag Rheinland-Pfalz



## **SPD-Fraktion *direkt***

Ausgabe 2015 | 37

11.12.2015

### **INHALT**

**ZUR LAGE** **2**

---

**ZUR WOCHE** **3**

---

**KLÖCKNER KENNT IN DER INTEGRATIONSDEBATTE DIE FAKTEN NICHT** **3**

**FLÜCHTLINGSAMT MUSS FLEXIBLER WERDEN** **3**

**ANHÖRUNG BESTÄTIGT REFORMEN FÜR DIE FEUERWEHR** **4**

**SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ | GESCHÄFTSSTELLE**

V.i.S.d.P.: CARSTEN PÖRKSEN | PARLAMENTARISCHER GESCHÄFTSFÜHRER DER SPD-LANDTAGSFRAKTION  
KAISER-FRIEDRICH-STRASSE 3 | 55116 MAINZ  
[www.spdfraktion-rlp.de](http://www.spdfraktion-rlp.de)



## ZUR LAGE

### ***Liebe Genossinnen und Genossen,***

in Herxheim ist in der Nacht zum Donnerstag in einer Flüchtlingsunterkunft, in der Menschen anwesend waren, ein großes Feuer ausgebrochen. Die Staatsanwaltschaft hat Ermittlungen wegen schwerer Brandstiftung aufgenommen.

Es ist bestürzend, wenn sich Flüchtlinge, die in Deutschland Schutz suchen, in hiesigen Unterkünften nicht sicher fühlen können. Nun ist zu hoffen, dass rasch Klarheit über die Brandursache besteht. In jedem Fall müssen Politik, Sicherheitsbehörden und gesellschaftliche Gruppen alles dafür tun, dass Flüchtlingsunterkünfte sicher sind. Wer vor Krieg und Krisen flüchtet und nach Deutschland kommt, der darf hier nicht in Angst leben müssen.

Dass in diesem Jahr bereits mehrere Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte in Rheinland-Pfalz verübt worden sind, ist beschämend und unerträglich. Mit diesen menschenverachtenden Aktionen greifen die Täter nicht nur die Flüchtlinge an. Sie attackieren die Werte unserer Gesellschaft – Mitmenschlichkeit, Hilfsbereitschaft und Toleranz. Politik und Gesellschaft haben die Verantwortung, dass der Nährboden für rechtsextreme Taten ausgetrocknet wird.

Noch vor wenigen Tagen habe ich das Flüchtlingsheim und die dort vom Deutschen Roten Kreuz organisierte Kleiderkammer besucht. Ich war und bin beeindruckt von dem Engagement der Helfer, der Ehrenamtlichen und der vielen Bürger. ***Unsere Ministerpräsidentin Malu Dreyer*** hat sich gestern vor Ort einen Überblick verschafft. Ich selbst nehme dort an der Kundgebung heute Abend teil.

Wir zeigen Gesicht!

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Alexander Schweitzer'.

**Alexander Schweitzer**

## ZUR WOCHE

### ***Klößner kennt in der Integrationsdebatte die Fakten nicht***

Fast täglich, auch in dieser Woche in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung", erklärt die CDU-Fraktionsvorsitzende Julia Klößner, dass Flüchtlinge sanktioniert werden müssten, wenn sie nicht an Sprach- und Integrationskursen teilnehmen. Tatsächlich ist genau das seit dem Jahr 2005 vorgesehen: Integrationskurse sind für Personen, die sich rechtmäßig und auf Dauer in Deutschland aufhalten, verpflichtend. Die Ausländerbehörden stellen die Teilnahmeverpflichtung fest, wenn sie den Aufenthaltstitel ausstellen. Falls jemand dann dieser Verpflichtung nicht nachkommt, sieht das Aufenthaltsgesetz verschiedene Sanktionsmöglichkeiten vor - von Leistungskürzungen bis hin zur Nicht-Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis. *„In der Flüchtlingsdebatte sollte sich Julia Klößner endlich informieren und nicht das als neue Forderung verkaufen, was bereits seit Jahren in Deutschland Realität ist“*, erklärte **unser Fraktionsvorsitzender Alexander Schweitzer**.

**Schweitzer** betonte: *"Julia Klößner kennt in der Flüchtlingspolitik entweder die Fakten und Realitäten nicht. Oder sie leugnet sie bewusst. Beides spricht gegen Frau Klößner. Tatsache ist: Es besteht bundesweit eine große Nachfrage nach Integrationskursen, die oft nicht befriedigt werden kann. Darin liegt das eigentliche Problem. Die rot-grüne Landesregierung in Rheinland-Pfalz setzt sich daher auf Bundes- und Landesebene dafür ein, dass genügend Kurse stattfinden und diese auskömmlich finanziert werden."*

### ***Flüchtlingsamt muss flexibler werden***

Es steht außer Frage, dass in der derzeitigen politischen Situation bei der Bearbeitung der Asylanträge unkonventionelle Wege eingeschlagen werden müssen. *"Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) muss endlich die in der Flüchtlingspolitik von allen Seiten, auch von Bundeskanzlerin Angela Merkel, geforderte Flexibilität zeigen“*, fordert **unser Fraktionsvorsitzender Alexander Schweitzer**. Dass es zur aktuellen Diskussion überhaupt kommt, sei in dem Versagen des zuständigen Bundesinnenministers Thomas de Maizière (CDU) begründet. *„Es liegt nicht an den engagierten und motivierten BAMF-Mitarbeitern. De Maizière verantwortet die Organisations- und Management-Fehler der vergangenen zwei Jahre. Bis heute hat er keine tragfähigen Vorschläge auf den Tisch gelegt,*

wie die politischen Vorgaben zu zügigen Asylverfahren endlich in Verwaltungsvorschriften umgesetzt werden können“, machte **Schweitzer** deutlich.

Wenn die CDU-Fraktionsvorsitzende Julia Klöckner die SPD-Forderung nach Wochenend- und Schichtarbeit, die übrigens auch von CDU-Landesministern geteilt wird, als ‚unverschämt‘ bezeichne, dann „vergreift sie sich im Ton und verkennt die Realität“, sagte **Schweitzer**. *„Entweder passt es ihr nicht in ihr politisches Programm oder sie versteht schlicht nicht, was derzeit eins der Kernprobleme der Flüchtlingspolitik ist: In Deutschland müssen hunderttausende Flüchtlinge wegen der BAMF-Überlastung Monate auf das Stellen ihres Asylantrags warten, die Verfahren selbst dauern dann auch viel zu lange.“* In der Folge könne die örtliche Integration etwa der syrischen Flüchtlingsfamilien erst viel zu spät starten. Jene Flüchtlinge, die in ihre Heimatländer zurückkehren müssen, verbleiben zu lange in Deutschland. Beides sorgt für Probleme bei den Bundesländern und vor allem bei den Kommunen.

### **Anhörung bestätigt Reformen für die Feuerwehr**

Der rheinland-pfälzische Innenausschuss hat sich in seiner Sitzung in dieser Woche in einer Anhörung mit der rot-grünen Reform des Landesgesetzes über den Brand- und Katastrophenschutz beschäftigt. Die beiden vom Landtag eingeladenen Experten, Winfried Manns für die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände und Frank Hachemer für den Landesfeuerwehrverband Rheinland-Pfalz, haben den Entwurf der Regierungskoalition einhellig gelobt. Sie bezeichneten die avisierten Neuerungen als uneingeschränkt positiv und begrüßenswert.

*„Frank Hachemer hat heute die deutliche Erwartung geäußert, dass der Entwurf in dieser Form verabschiedet werden soll“,* betonte unser innenpolitischer Sprecher **Hans Jürgen Noss**. *„Seine Bitte, diese sinnvollen Änderungen aus dem Landtagswahlkampf herauszuhalten, sollte die CDU-Fraktion nun befolgen. Bei der Reform hat die rot-grüne Koalition von Anfang an auf die Bedürfnisse der Praktiker geachtet. Für die SPD-Fraktion steht fest, dass im Bereich Feuerwehr mittelfristig weitere Änderungen sinnvoll sind. Im Sinne der Ehrenamtlichen ist jedoch wichtig, jetzt rasch das zu reformieren, was schnell umsetzbar ist.“*

Einige wichtige, vorgesehene Regelungen sind: Bisher ist für ehrenamtliche Feuerwehrleute über 63 Jahren Schluss mit dem aktiven Dienst. Diese starre Grenze soll künftig nicht mehr gelten, falls die körperliche Fitness es zulässt. Ob jemand als freiwilliger Feuerwehrmann geeignet ist, soll nun zunächst durch den Wehrleiter oder



Wehrführer festgestellt werden - auch unter der Beachtung von charakterlichen Eignungen. So sollen etwa rechtsextreme Umtriebe im Umfeld der Feuerwehren verhindert werden. Durch eine Neufassung der Haftungsregelungen werden die freiwilligen Feuerwehrleute in Zukunft besser abgesichert bei Schäden, die durch die Dienstausbung passieren. Dies ist im Feuerwehrbereich, wo riskante Einsatzfahrten nötig sind, wichtig.

Geplant ist, die Vereinbarkeit von Ehrenamt und Familien zu stärken: Feuerwehrleute können künftig beantragen, dass bei Einsätzen anfallende Kosten für Kinderbetreuung und Pflege erstattet werden. Zudem steht ihnen ein finanzieller Ausgleich von der Gemeinde zu, wenn sie auf einem Feuerwehrlehrgang sind. Bisher waren Doppelmitgliedschaften von Feuerwehrangehörigen am Wohnort sowie am Arbeits- oder Studienort nicht erlaubt. Künftig soll dies ausdrücklich zugelassen werden. Behinderte Menschen dürfen künftig – nach Feststellung der Eignung sowie bei Erlaubnis des Bürgermeisters – die Rettungskräfte bei Einsätzen unterstützen. Dies ist ein Beitrag zur Teilhabe von behinderten Menschen am gesellschaftlichen Leben.